

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 36. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. August 2007, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

in Vertretung von Susanne Herold

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Fehlende Abgeordnete

Manfred Ritzek (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. URBAN-Projekte in der Landeshauptstadt Kiel	4
Berichterstatter: Dr. Gabriela Husmann, Leiterin der EU-Regiestelle bei der Landeshauptstadt Kiel und Christoph Adloff, Leiter des URBAN-Büros	
2. Vorstellung des Maritimen Clusters, Projektdesign	7
Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Potthoff, schiff-gmbh	
3. Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein – Tätigkeitsbericht 2007	9
Drucksache 16/1250 Berichterstatter: Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein	
4. Bericht aus dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)	11
Berichterstatterin: Abg. Ingrid Franzen	
5. Verschiedenes	13
<ul style="list-style-type: none">• Verfahrensvorschlag zur Beteiligung am Subsidiaritätsnetzwerk des AdR (Schwerpunkt Gesundheitspolitik)	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

URBAN-Projekte in der Landeshauptstadt Kiel

Berichterstatter: Dr. Gabriela Husmann, Leiterin der EU-Regiestelle
bei der Landeshauptstadt Kiel und

Christoph Adloff, Leiter des URBAN-Büros

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Frau Dr. Husmann, Leiterin der EU-Regiestelle bei der Landeshauptstadt Kiel, informiert auf der Grundlage eines Power-Point-Vortrages (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) über das Projekt der Landeshauptstadt Kiel im Rahmen von URBAN II der Europäischen Union im Ostufer-Stadtgebiet. Sie knüpft mit ihrem Vortrag an die Vorstellung des Projektes im Jahre 2001 vor dem Europaausschuss an und stellt fest, inzwischen sei das Projekt weit vorangeschritten.

Im Folgenden stellt sie die Zielsetzung des Programms URBAN II der Europäischen Union, das Kieler URBAN-II-Gebiet am Ostufer, die Situation dieses Kieler Ostufer-Stadtgebietes und die Entwicklungsstrategie im Rahmen des Projektes vor.

Sie erklärt unter anderem, dass ein Teil des Projektes, nämlich der Ausbau des Gewerbegebietes Seefischmarkt, inzwischen fertig gestellt worden sei und mit dem großen Stadtteilstift „Das Ostufer macht mobil“ am 2. September 2007 feierlich eröffnet werde.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der einzelnen geförderten Maßnahmen weist sie darauf hin, dass es neben der Förderung aus URBAN zum Teil auch Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ aus dem Landesetat für einzelne Maßnahmen gegeben haben. Diese beiden Förderinstrumente ergänzten sich sehr gut.

Abschließend zieht Frau Dr. Husmann das Resümee, dass man durch URBAN und die Unterstützung aus dem Programm „Soziale Stadt“ habe sehr viele Menschen in über 40 Projekten erreichen können und sich inzwischen ein weitflächiges, gut funktionierendes Netzwerk ausgebildet habe. Insbesondere der Schwentine-Mündungsbereich sei konzentriert gefördert wor-

den und das Wellingdorfer Stadtteilzentrum stelle nun wieder einen belebten Einkaufsbereich zur Sicherung der Nahversorgung dar.

Abg. Müller spricht in der anschließenden Aussprache die gleichzeitige Förderung aus den zwei unterschiedlichen Programmen, das EU-Programm URBAN und das Landesprogramm „Soziale Stadt“, an und möchte wissen, ob es hier bei der Planung und Organisation zu Problemen gekommen sei. – Frau Dr. Husmann antwortet, die Zusammenarbeit zwischen den beiden dafür zuständigen Stellen in der Stadt, zum einen bei ihr als Zuständige für das URBAN-Projekt und zum anderen bei dem Kollegen, der für die Koordinierung der Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ zuständig sei, sei sehr gut gelaufen. Auch auf Landesebene gebe es hier keine Probleme, da das Land sehr daran interessiert sei, URBAN-Projekte über das Programm „Soziale Stadt“ kofinanzieren.

Abg. Fischer spricht die Langzeitperspektive der Projekte, die jetzt initiiert worden seien, über die Laufzeit des URBAN-II-Programms hinaus an. – Frau Dr. Husmann erklärt, bei der Initiierung der Projekte habe es schon von Anfang an immer auch Überlegungen der Nachhaltigkeit gegeben. So sei in Gaarden für das URBAN-Büro und das Büro „Soziale Stadt“ ein Verein gegründet worden, der unter Umständen später als organisatorischer Träger diese Aufgabe übernehmen könne. Es sei klar, dass es auch in Zukunft so etwas wie eine neutrale Mediatorenstelle in dem Stadtteil werden müssen, das bedeute ein Büro in personell abgespeckter Form. Im September dieses Jahres werde sich der Sozialausschuss der Stadt Kiel mit diesem Thema beschäftigen und habe in diesem Zusammenhang einen Bericht angefordert, wie es mit dem URBAN-Büro – gerade mit dem Stadtteilmanagement – in der Zeit nach dem Auslaufen von URBAN weitergehen könne. Im Moment werde angestrebt, die Kernaufgaben des Büros auch nach Auslaufen des Programms aufrecht zu erhalten, das sei jedoch eine Frage der Finanzierung. Sehr wahrscheinlich werde man ohne Fördermittel der EU auskommen müssen, deshalb werde es eine Entscheidung der Stadtpolitik sein, ob das Büro weiter bestehen bleibe.

Im Zusammenhang mit der Nachfrage von Abg. Fischer, ob nicht eine Finanzierung über andere EU-Förderprogramme möglich sei, erklärt Frau Dr. Husmann, es würden zurzeit Gespräche mit dem Innenministerium, also dem Land über eine Beteiligung an der Finanzierung aus anderen EU-Mitteln geführt. Es gebe da sicherlich eine Chance, aber darauf könne man noch nicht bauen. Das Problem, direkt Gelder aus einem Programm in Brüssel zu bekommen, liege zum einen in dem sehr hohen bürokratischen Aufwand. Deshalb müsse man immer fragen, wie viel Geld man bekommen könne und ob sich dafür der Aufwand lohne. Zum anderen könnten hier lediglich projektorientierte Mittel eingeworben werden, die nicht auf das Stadt-

teilbüro bezogen seien, sodass dessen Finanzierung auch durch einzelne Projektfördermittel nicht gesichert werden könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des Maritimen Clusters, Projektdesign

Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Potthoff, schiff-gmbh

hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift

Prof. Dr. Klaus Potthoff stellt Ideen und erste Strukturen eines Projektes im Rahmen von INTERREG B zu einem Baltic Sea Maritime Cluster, auf der Grundlage eines Power-Point-Vortrages (Anlage 2 zu dieser Niederschrift) vor. Er weist darauf hin, dass diese Projektidee in Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Jens-Albert Oppel, ISL Baltic Consult, der schiff-gmbh und des Europaministeriums des Landes auf der Grundlage der Erfahrungen mit dem Projekt InterMareC entwickelt worden sei. Das Ziel, die Entwicklung eines Maritimen Clusters in der gesamten Ostseeregion stehe in engem Zusammenhang mit den Themen und Forderungen, die auch auf dem letzten Parlamentsforum Südliche Ostsee angesprochen worden seien.

Im Folgenden fasst er kurz das Projekt InterMareC und dessen Ergebnisse bis zum Juni 2006 zusammen und stellt sodann die Konzeption für den „Aufbau eines dreidimensionalen Europäischen Maritimen Clusters“ dar. Dabei geht er unter anderem auf mögliche thematische Schwerpunkte, die angestrebten transnationalen und regionalen Aktivitäten im Rahmen des Projektes und die transnationale Struktur mit der Beteiligung von unterschiedlichen Ländern und Regionen ein. Er betont, dass man sozusagen kein neues Fass aufmachen wolle, sondern die Aktivitäten, die jetzt schon in den Bereichen maritime Zusammenarbeit stattfänden, unterstützen und weiter ausbauen wolle.

Abg. Dr. Klug bittet in der anschließenden Aussprache um eine Präzisierung der vorgestellten Gremienstruktur auf regionaler, lokaler und transnationaler Ebene, insbesondere, welche konkreten Aufgaben die Gremien zu erfüllen hätten und welche Akteure angesprochen werden sollten. – Herr Prof. Dr. Potthoff antwortet, das so genannte Steering Committee, das das Entscheidungsgremium für die Genehmigung der Subprojekte sein solle, solle mit Vertretern der jeweiligen Regionen besetzt werden, vielleicht auch mit Vertretern des Ostseerates. Er hebt hervor, dass man kein abstraktes Cluster aufbauen, sondern Cluster in speziellen und bestimmten Projekten unterstützen wolle. Auf regionaler Ebene sollten die Wirtschaftsagenturen mit eingebunden werden.

Herr Prof. Dr. Potthoff bestätigt im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Hamerich, dass mit dem neuen Projekt auch eine Art Fortführung schon bestehender Verbindungen und Projekte verbunden sein werde.

Abg. Dr. Klug fragt nach dem angedachten Projektvolumen. – Herr Prof. Dr. Potthoff bezieht das anvisierte Projektvolumen im zweistelligen Millionenbereich.

Im Zusammenhang mit einer Anmerkung von Abg. Hamerich zur Initiative Clean Ship und der schwierigen Einbindung Russlands führt Herr Prof. Dr. Potthoff aus, sicher stelle die Einbeziehung Russlands ein großes Problem dar. Er gehe jedoch davon aus, dass die Einbeziehung helfen könne, Widerstände zu überwinden. Ziel sei es, im Rahmen des Projektes konkrete Projekte durchzuführen, einen Erfahrungsaustausch anzubieten und das Bewusstsein einzelner Partner für die Bedeutung zum Beispiel der Sicherheit des Seeverkehrs und des Schutzes der maritimen Umwelt für den Ostseebereich zu schärfen. Daraus könne auch ein politisches Signal hervorgehen, deshalb würde er es begrüßen, wenn sich der Landtag in irgendeiner Form an dem Projekt beteiligen könne.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass schon allein die anvisierte Struktur des Projektes eine Menge Geld verschlingen werde. Deshalb müsse man sich vor solchen Projekten immer die Frage der Zweckmäßigkeit und Sinnhaftigkeit stellen. Es sei deshalb besonders wichtig, auf den entsprechenden Sachverstand der zu beteiligenden Personen zu achten.

Abg. Franzen weist darauf hin, dass gerade mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein aufgrund des bürokratischen Aufwands nicht in der Lage seien, selbst Gelder aus Brüssel zu akquirieren, deshalb könne ein solches Projekt ihrer Meinung nach eine gute Unterstützung sein, um überhaupt Gelder von der Europäischen Union nach Schleswig-Holstein zu holen.

Herr Prof. Dr. Potthoff zeigt sich optimistisch hinsichtlich der zu erwartenden Erfolge des Projektes, vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Projekt MareC. Er bekräftigt, auch er wolle keine Projekte nur um der Projekte willen, sondern mit dem Projekt solle ein Prozess in Gang gesetzt werden, durch den neue, nachhaltige Strukturen aufgebaut werden könnten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein – Tätigkeitsbericht 2007

Drucksache 16/1250

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Berichtersteller: Dr. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein

Herr Dr. Weichert führt kurz in den vorliegenden Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein – Tätigkeitsbericht 2007, Drucksache 16/1250, ein. Er weist darauf hin, man habe den Hinweis aus dem Europaausschuss im letzten Jahr aufgenommen und ein neues Kapitel „Europa und Internationales“ geschaffen. Darüber hinaus würden jedoch auch in einer Reihe von anderen Kapiteln Bereiche angesprochen, die Europa direkt oder indirekt tangierten. Beispielhaft nennt er das Problem der internationalen Geldüberweisungen, die Fluggastdatenübermittlung von europäischen Unternehmen an die Vereinigten Staaten von Amerika, die Vorratsdatenspeicherung, die Modellprojekte PRIME und FIDIS und die Implementierung des Schleswig-Holsteinischen Datenschutz-Gütesiegels auf europäischer Ebene.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, warum sich der Landesdatenschutzbeauftragte für die Einführung einer Bagatellgrenze bei kleineren Unternehmen im Rahmen der Transparenzinitiative, Kapitel 11.1 des Tätigkeitsberichts, ausgesprochen habe, damit Betriebsdaten von kleineren Unternehmen einen höheren Datenschutzanspruch zuspreche als größeren Unternehmen, und wo diese Bagatellgrenze gesetzt werden solle. - LD Dr. Weichert erklärt, gerade die kleineren Betriebe, von denen es in Schleswig-Holstein sehr viele gebe, betrieben über europäische Subventionen auch Grundsicherung. Über sie würden in diesem Zusammenhang nicht nur Geschäftsdaten, sondern auch Strukturdaten, die gleichzeitig auch Informationen über den Besitzer des Unternehmens selbst lieferten, weitergegeben. Vorstellbar sei, diese Daten in Zukunft eingeschränkter weiterzugeben, zum Beispiel lediglich zur Kenntnisnahme an den Landtag. Die Höhe der Bagatellgrenze müsse diskutiert werden, seiner Meinung nach sei eine Grenze auch unter zwei Millionen €, zum Beispiel schon bei 200.000 € im Jahr durchaus sinnvoll. Das müsse jedoch von der Politik diskutiert und entschieden werden.

Die Nachfrage von Abg. Schlosser-Keichel, wie viele Subventionsempfänger in Schleswig-Holstein in diesen Problembereich fielen, antwortet LD Dr. Weichert, hierzu könne er keine näheren Angaben machen. Das ULD habe jedoch in der letzten Zeit eine Reihe von Anfragen von solchen kleinen Subventionsempfängern bekommen, die zeigten, dass hier durchaus ein Datenschutzproblem bestehe.

Er bestätigt Abg. Fischer, dass das Problem auch auf Bundesebene mit den Datenschützern der anderen Bundesländer und des Bundes diskutiert werde. Hier gebe es durchaus unterschiedliche Auffassungen. Die Arbeitsgruppe der Informationsbeauftragten der Länder halte von der Notwendigkeit der Einführung einer Bagatellgrenze zum Beispiel nichts, die Arbeitsgruppe der Datenschützer, die nicht gleichzeitig Informationsbeauftragte seien, habe in dieser Frage keine einheitliche Auffassung.

Abg. Fischer regt an, das Thema Datenschutz-Gütesiegel zu einem Thema in einer Plenardebatte zu machen.

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2007 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1250, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht aus dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
(KGRE)**

Berichterstatlerin: Abg. Ingrid Franzen

Abg. Franzen berichtet – anknüpfend an ihren letzten Bericht im Ausschuss – über die Aktivitäten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), in der sie nunmehr schon zwei Jahre Mitglied sei.

Schwerpunkt ihrer Arbeit – so Abg. Franzen – sei die Mitarbeit in dem Ausschuss für nachhaltige Entwicklung. Gemeinsam mit einer Vertreterin der Region Sibirien sei sie dort zur Sprecherin für das Thema „Klimawandel“ ernannt worden. Die KGRE habe zwar bereits ein Grundsatzbeschluss zum Klimawandel gefasst, werde sich jedoch in einer vertiefenden Diskussion im Rahmen eines Hearings am 11. September 2007 in Straßburg noch einmal mit dem Thema befassen.

Leider sei es ihr noch nicht gelungen, den Bereich „Meerespolitik“ in die Prioritätenliste des Ausschusses zu bringen. Sie werde jedoch weiter darauf hinarbeiten.

Der Kongress habe sich außerdem mit Fragen des Status des Kongresses befasst und durchgesetzt, dass sich auch in Zukunft der Kongress eigenständig mit Themen befassen könne. Außerdem sei festgelegt worden, dass die Mitglieder des Kongresses demokratisch gewählt sein müssten und jede Delegation eine Frauenquote von 30 % aufweisen müsse. Schleswig-Holstein müsse seine Delegierten zur Plenarsitzung 2008 neu benennen. Abg. Franzen erklärt, sie sei gern bereit, diese Arbeit weiter zu machen, würde es dann jedoch begrüßen, auf der Grundlage eines Landtagsbeschlusses ernannt zu werden.

Seit Juni 2007 habe Schleswig-Holstein für ein Jahr auch die Verwaltung der deutschen Delegation übernommen. Diese werde durch Herrn Dr. Gehrman wahrgenommen. Im Rahmen dieser Arbeit sei geplant, den Berliner Abgeordneten Günther Krug nach Kiel einzuladen. Abg. Franzen lädt die Europaausschussmitglieder ein, an dem Treffen mit Herrn Krug teilzunehmen, um sich vertiefend über die Arbeit der KGRE zu informieren.

Abschließend schlägt sie vor, den Europaausschussmitgliedern eine Materialmappe im Umlaufverfahren zur Arbeit der KGRE zusammenzustellen und zuzuleiten.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, begrüßt den Verfahrensvorschlag und regt an, weiter regelmäßig über die Arbeit der KGRE im Ausschuss zu informieren.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Verfahrensvorschlag zur Beteiligung am Subsidiaritätsnetzwerk des AdR (Schwerpunkt Gesundheitspolitik)

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, informiert darüber, dass nach Gesprächen des Landtagspräsidenten mit den Fraktionen entschieden worden sei, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag nach Abschluss der Testläufe jetzt an der Etablierung des europaweiten Netzwerkes der Regionen für die Subsidiaritätskontrolle beteiligen wolle, und zwar zu dem Themenbereich „Öffentliche Gesundheit“. Gemäß des Arbeitsprogramms der EU-Kommission werde es nach der Sommerpause zwei Dokumente zu diesem Themenbereich geben, zum einen den Gemeinschaftsrahmen für sichere und effiziente Gesundheitsdienste, zum anderen das Weißbuch über die gesundheitspolitische Strategie. Der AdR werde voraussichtlich im November 2007 mit den Konsultationen zu beiden Kommissionsvorlagen beginnen. Die Teilnehmer des Netzwerkes hätten dann ihre Stellungnahme im Hinblick auf die Wahrung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit innerhalb einer sechswöchigen Frist an den Ausschuss der Regionen zu übermitteln.

Sie schlage dem Ausschuss vor, gemeinsam mit den beteiligten Fachausschüssen, Sozialausschuss und Wirtschaftsausschuss, zwei Sitzungen am 14. November 2007 und am 5. Dezember 2007 durchzuführen. – Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, informiert darüber, dass wegen einer zeitgleich stattfindenden Konferenz die geplante Anhörung zum Thema „Nordseekooperation“, Drucksache 16/1125, auf den 19. September 2007 verschoben worden sei. Außerdem weist sie noch einmal auf den Termin für die gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft in Hamburg am 1. November 2007, 17 Uhr, hin.

Abschließend berichtet sie, dass für den Besuch der Parlamentarier aus Stettin der 28. und 29. November 2007 vorgeschlagen werde.

Abg. Fischer regt an, über die Ergebnisse der Ostseeparlamentarierkonferenz im Plenum zu diskutieren.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin